

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Mai 2019

www.linksfraktionmv.de



Festival „Fusion“ - kulturelle Freiräume bewahren [Drucksache 7/3586](#)

Die „Fusion“ ist seit 22 Jahren eine kulturelle Institution in M-V und mittlerweile ganz Europa. Das Festival hat für die Region zudem auch wirtschaftliche und touristische Ausstrahlungskraft. Die Veranstalterinnen und Veranstalter haben es geschafft, eines der friedlichsten Festivals mit einem breiten Spektrum an kulturellen Veranstaltungen wie Musik, Theater, Performance und Kino bis hin zu Installation zu etablieren, das es hierzulande gibt.

In den zurückliegenden Jahren gab es keine Probleme mit der Sicherheit auf und rund um das Festival. Die zuständigen Behörden haben das Sicherheitskonzept der Veranstalterinnen und Veranstalter in der Vergangenheit stets anerkannt und die „Fusion“ in den letzten Jahren auch als besonders friedliches Gesamtkonzept gelobt. Der nun erhobene Vorwurf, die Verschärfung der Sicherheitsauflagen sei notwendig, da neben geringen formalen Mängeln auch zu befürchten sei, das während der Fusion gegen die geltende Rechtsordnung verstoßen würde und politisch gewaltbereite Personen zu erwarten seien, ist so nicht nachzuvollziehen.

Transparente Stellenbesetzungen in der Justiz [Drucksache 7/3593](#)

Das Hickhack um die Besetzung der Stellen der Präsidenten des Oberlandesgerichts in Rostock und des Landgerichts Schwerin zeigt einmal mehr, dass die willkürlichen Einflussnahme der Landesregierung auf Stellenbesetzungen in der Justiz endlich aufhören müssen. Dass die Exekutive die Führungspositionen in der Judikative besetzt, ist ohnehin schon problematisch. Dass sie das auch ohne Ausschreibungs- und Auswahlverfahren tun kann, ist jedoch nicht länger hinnehmbar. Das verstößt gegen den Grundsatz der Gewaltenteilung und gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Bestenauslese. Führungspositionen in der Justiz müssen endlich nach Eignung und Befähigung besetzt werden, nicht nach Gutdünken der Regierung.

Existenzminimum sichern - Hartz IV überwinden [Drucksache 7/3595](#)

Allein in M-V gibt es 200.000 gute Gründe, bei Hartz IV zu handeln. Ein Grund ist, dass es sich um das Existenzminimum handelt. Ein anderer sind die vielen Betroffenen. Ein weiterer sind die Perspektivlosigkeit und Verzweiflung vieler, die jahrelang davon leben müssen. Und dann gibt es noch das Grundgesetz. Hartz IV ist „Armut per Gesetz“ und gehört abgeschafft.

Chancen für das Radland M-V erhöhen - Entwicklung des Radverkehrs beschleunigen [Drucksache 7/3598](#)

Zur erfolgreichen und zügigen Umsetzung des Landeskonzeptes zum Radverkehr ist Beratung, Koordinierung sowie das Zusammenführen aller Akteure zu sichern. Abstimmung und Vermittlung bei unterschiedlichen Interessen und Anforderungen verschiedener Baulastträger, mehrerer Kommunen und Verbände erfordern stetiges und umfangreiches Wirken. Gleiches gilt für die Verknüpfung mit dem Öffentlichen Nahverkehr. Auch um das Rad als gleichberechtigtes Verkehrsmittel zu etablieren sowie einen radfreundlichen Umbau der Verkehrsinfrastruktur und als Fokus im Städtebau durchzusetzen, sind enorme Anstrengungen zu schultern. Die dafür dauerhaft nötige personelle Ausstattung ist durch Schaffung eines Referats Radverkehr bzw. zumindest eines Radbeauftragten auf Landesebene sowie den unteren Landesplanungsbehörden und Geschäftsstellen der Regionalen Planungsverbände zu sichern.

Energiewende endlich sozial gestalten [Drucksache 7/3597](#)

Der Unmut der Bevölkerung, die in unmittelbarer Nähe von Windenergieanlagen bzw. von möglichen Windeignungsgebieten lebt und bisher keine Vorteile davon genießt, wächst. Insbesondere im ländlichen Raum, wo die Windenergieanlagen errichtet werden, sind die Netzentgelte deutlich höher als in den Städten. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Stromkosten mittlerweile bundesweit mit am höchsten. Die Energiewende muss endlich sozialer werden.

Insektenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern [Drucksache 7/3599](#)

Die UNO hat einen dramatischen Bericht zum Zustand der Artenvielfalt vorgelegt und klar gemacht, ein „Weiter so“ kann es nicht mehr geben, wenn wir die biologische Vielfalt und unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist ein spür- und messbarer Rückgang der Biodiversität zu verzeichnen. Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern bereitet derzeit die Auflage einer Insektenschutz-Strategie mit dem Titel „Mehr Respekt vor dem Insekt!“ vor. Die künftige Insektenschutz-Strategie Mecklenburg-Vorpommerns gliedert sich demnach in drei Schwerpunktbereiche - die bundesweite Abstimmung der Forschung und die bessere Vernetzung vorliegender Forschungsergebnisse, die Integration des Insektenschutzes in die Landnutzung sowie die Entwicklung wirksamer Instrumente außerhalb der Landwirtschaft, die dem Insektenschutz zugutekommen. Die Bundesregierung hat derweil angekündigt, ein Aktionsprogramm Insektenschutz zu formulieren. Die geplante Landesstrategie benötigt eine aber konkrete Ausrichtung, um Mecklenburg-Vorpommern zum insektenfreundlichen Bundesland zu machen. Wir haben dazu 16 konkrete Forderungen aufgemacht, die so schnell wie möglich umgesetzt werden müssten.

Lebensmittelverschwendung stoppen [Drucksache 7/3596](#)

18 Millionen Tonnen größtenteils genießbare Lebensmittel werden in Deutschland jährlich in den Müll geworfen. Während Supermärkte aufgrund von Profitsteigerung Lebensmittel nach wie vor einfach wegschmeißen dürfen, werden Menschen, die Lebensmittel vor der sinnlosen Entsorgung retten wollen vor Gericht gestellt. Das Wegwerfen von Lebensmitteln muss deshalb für Supermärkte verboten und das sogenannte Containern von der Strafverfolgung ausgenommen werden. Mecklenburg-Vorpommern hat bisher keine Nachhaltigkeitsstrategie, um Lebensmittelverschwendung wirksam zu bekämpfen. Das muss sich ändern.

Pflegepersonalbedarfsplanung für Mecklenburg-Vorpommern [Drucksache 7/3594](#)

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen in M-V weiter ansteigen. Prognosen der Landesregierung rechnen im Bereich der Pflegeeinrichtungen von derzeit 90.029 Pflegebedürftigen (Stand Dezember 2017) mit einem Anstieg auf bis zu 140.000 Pflegebedürftige bis zum Jahr 2035. Das ist ein Anstieg um mehr als 50 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern ist darauf nicht vorbereitet. Die Landesregierung hat kein Konzept, wie sie das Problem angehen möchte. Die Linksfraktion fordert eine Pflegepersonalbedarfsplanung, die eine möglichst passgenaue Planung des Bedarfs an Pflegefachkräften, Ausbildungsplätzen und zusätzlichen Stellen in der Alten- und Krankenpflege bis 2035 ermöglicht.

Gerechte Vergütung von Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen endlich durchsetzen [Drucksache 7/3446](#)

Die Angleichung der Gehälter der Grundschullehrkräfte ist zum wiederholten Mal auf der Tagesordnung. Sie ist, angesichts der Lehrkräftesituation und der bereits erfolgten Umsetzung der Eingruppierung A13/E13 in den Nachbarbundesländern, längst überfällig. Die verantwortungsvolle Tätigkeit der Grundschullehrkräfte, den gestiegenen Anforderungen in den Grundschulen und den zusätzlichen Aufgaben im Rahmen der Umsetzung der Inklusionsstrategien erfordert endlich eine angemessene und gerechte Vergütung an den Grundschulen.

Notfallplan für Bootsflüchtlinge - „Sichere Häfen“ ermöglichen - keine Rückführung nach Libyen [Drucksache 7/3447](#)

Mehr als 250 Organisationen in Deutschland fordern mit einem Offenen Brief vom 3. April 2019 die Landesregierungen und die Bundesregierung auf, endlich zu handeln, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden und den Flüchtlingen Rettung, Schutz, Hilfe und Aufnahme zu ermöglichen. Mittlerweile haben sich auch mehr als 200 Mitglieder des Bundestages aus allen demokratischen Fraktionen zu den Forderungen bekannt. Die Linksfraktion greift den Offenen Brief in dem Antrag auf und fordert die uneingeschränkte Umsetzung des Völkerrechts, das Verbot der Ausweisung und Zurückweisung von Flüchtlingen, keine Rückführungen nach Libyen

und die Unterstützung deutscher Städte und Kommunen – so auch in M-V, die freiwillig zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen u.v.m.

Servicehotline für Menschen mit Mobilitäts- und Sinneseinschränkungen im Bahnverkehr zügig bundesweit einheitl. regeln [Drucksache 7/3609](#)

Die Deutsche Bahn AG bot über Jahre mit der Mobilitätsservicezentrale (MSZ) Unterstützung bei Bahnreisen für Menschen mit Mobilitäts- und Sinneseinschränkungen an. Während dieser Service bis Ende Januar 2019 unabhängig vom Eisenbahnunternehmen genutzt werden konnte, war das ab Februar 2019 nur noch für Verkehrsunternehmen der Deutschen Bahn bzw. Eisenbahnunternehmen, die kostenpflichtige Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn abgeschlossen haben, möglich. Betroffene mussten herausfinden, welches Eisenbahnunternehmen die Strecke bedient und dort Hilfe anfordern. Der durchgängige Service aus einer Hand für die gesamte Reisekette wurde damit unterbrochen. Manch ein Fahrgast, darunter Rollstuhlnutzerinnen und -nutzer, geheingeschränkte und blinde Fahrgäste konnten somit ihre Reise nicht antreten. Fraktionsübergreifend sind wir uns einig, dass der Service aus einer Hand erfolgen muss. Das ist in Umsetzung der UN-Behindertenkonvention zu garantieren.